



Suchergebnisse: Wähler

9. April 1378 – Erst einen Tag nach der Wahl wird das Ergebnis bekannt gemacht

Rom-Vatikan * Erst einen Tag nach der Wahl wird die Ernennung Bartolomeo Prignanos zum Papst Urban VI. bekannt gegeben. Die Wirren des Konklaves bietet den Kardinälen später die Möglichkeit, das Wahlergebnis öffentlich anzufechten.

20. Februar 1831 – Teilnahme an der Ständeversammlung verweigert

München-Kreuzviertel * Die zweite Ständeversammlung in Ludwigs I. Regierungszeit beginnt. Die Sitzungsperiode dauert bis zum 29. Dezember 1831. Die Mitglieder der Abgeordnetenversammlung sind im Dezember des Vorjahres neu gewählt worden. Das Ergebnis brachte 62 Abgeordnete auf die christlich-konservative Regierungsseite und 66 Abgeordnete auf der fortschrittlich-liberalen Bank der Opposition. Weil der Monarch mit dem Wahlergebnis nicht einverstanden ist, macht er von seinem ihm verfassungsgemäß zustehenden „Ausschließungsrecht“ bei fünf zur Opposition zählenden Abgeordneten Gebrauch und verweigert ihnen die Teilnahme an der Ständeversammlung.

2. Februar 1837 – Wahlergebnis im Sinne der Regierung beeinflusst

München-Kreuzviertel * Die nächste Zusammenkunft der Volksvertretung beginnt am 2. Februar und dauert bis zum 17. November 1837. Das Ergebnis der im Vorfeld durchgeführten Wahlen war von der Staatsregierung schon ganz in ihrem - konservativen - Sinne beeinflusst worden.

7. April 1848 – Das direkte Wahlverfahren wird lediglich empfohlen

Frankfurt am Main * Da sich das Vorparlament in Frankfurt am Main nicht auf einen gemeinsamen Wahlmodus einigen konnte, wird das direkte Wahlverfahren lediglich empfohlen.

Bei der direkten Wahl werden die Kandidaten direkt vom Wähler gewählt, bei der indirekten Wahl werden die Kandidaten erst im zweiten Wahlgang durch die zuvor gewählten Wahlmänner gewählt. Im Königreich Bayern wird das indirekte Wahlverfahren angewandt



werden.

19. September 1870 – Erste Friedensverhandlungen in Ferrières-en-Brie

Ferrières-en-Brie • Der preußische Ministerpräsident Otto von Bismarck und Jules Favre, Außenminister und Repräsentant der französischen republikanischen Regierung, verhandeln im deutschen Hauptquartier in Ferrières-en-Brie über einen möglichen Friedensschluss.

Bismarck bietet Favre einen 14-tägigen Waffenstillstand an. In dieser Zeit könnten die Wahlen zu einer neuen Nationalversammlung stattfinden. Er erhofft sich damit ein Wahlergebnis, das eine monarchisch orientierte Mehrheit hervorbringt und ihm die Verhandlungen erleichtert. Favre lehnt jedwede Abtretung französischen Territoriums ab, Bismarck besteht darauf, dass Straßburg und das Elsass deutsch werden muss.

21. Oktober 1878 – Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie

Berlin - Deutsches Reich - München-Au * Da die Zahl der Anhänger der sozialistischen Arbeiterbewegung ständig wächst und von Wahlerfolg zu Wahlerfolg eilt, setzt Reichskanzler Otto von Bismarck das Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie in Kraft. Davon unabhängig fördern die Bischöfe die katholischen Werktätigen finanziell und ideell mit der Organisation von Arbeitervereinen, darunter den Katholischen Arbeiterbund und dem Kolpingverein. Auch die Josephshäuser in der Hochstraße zeugen von diesen Aktivitäten. Während es den sozialdemokratischen Arbeitervertretungen um eine harte Vertretung der Arbeitnehmerinteressen gegenüber den Unternehmern und dem Staat geht, ist das oberste Ziel der katholischen Arbeitervereine die „christliche Lebensführung der Arbeiterfamilien“ und die Förderung sowie den Erhalt von „Religion und Sittlichkeit bei den Arbeitern“.

21. März 1881 – Die Geheime Wahl wird eingeführt

München-Kreuzviertel * Das Landtags-Wahlgesetz vom 4. Juni 1848 wird geändert und darin die Geheime Wahl eingeführt. Es werden zwar weiterhin in einer Urwahl zunächst die Wahlmänner bestimmt, die dann in einem elitären Kreis noch elitärere Kandidaten zum Landtags-Abgeordneten wählen. Doch bis dahin mussten die Urwähler den Wahlzettel unterschreiben. Diese Vorschrift entfällt jetzt.



1889 – Almon B. Strowger meldet den Hebdrehwähler zum Patent an

Cansas City * Almon B. Strowger meldet einen sogenannten Hebdrehwähler zum Patent an. Den Anstoß zur Entwicklung eines automatisierten Vermittlungssystems gab eine Telefonistin. Nach einer gerne erzählten Anekdote ärgerte sich der Bestattungsunternehmer Almon B. Strowger aus Cansas City über ein ihm missgesonnenes Fräulein vom Amt. Die Bedienkraft in der Telefonvermittlung vermittelte potenzielle Kunden grundsätzlich an Konkurrenzunternehmen des Herrn Strowger. Kein Wunder, dass der Bestattungsunternehmer alles daran setzte, einen Vermittlungsapparat zu entwickeln, der ihn von menschlichen Einwirkungen unabhängig und die ungeliebte Telefonistin überflüssig machen würde.

21. Mai 1900 – Eine Versuchsvermittlungsstelle für 400 Teilnehmer in Hildesheim

Hildesheim * Mit der Technik der Strowger Automatic Telephone Exchange Company kann die Reichstelephonverwaltung eine Versuchsvermittlungsstelle in Hildesheim für 400 Teilnehmer in Betrieb nehmen. Diese ist jedoch noch ohne Verbindung zum öffentlichen Netz.

1905 – Wegen Überlastung schmoren die Sicherungen durch

Berlin - Karlsruhe * Ein Firmenkonsortium unter der Leitung der Firma L. Loewe & Co erhält den Auftrag über eine Ortsvermittlungsstelle für Wählbetrieb. Der Fabrikationsauftrag für die Herstellung der Strowger-Wähler und damit die Lizenz wird den zum Loewe-Konzern gehörenden Deutsche Waffen- und Munitionsfabriken Berlin - Karlsruhe übertragen. Diese verfügen über entsprechend ausgebildetes Personal und über moderne feinmechanische Werkstätten. Die Erfahrung im Umgang mit elektrischen Schaltungen steuern Mitarbeiter der Firma Siemens & Halske bei. Da alle angeschlossenen Teilnehmer sofort nach Inbetriebnahme der neuen Vermittlungsstelle ihren eigenen Fernsprech-Selbstwählanschluss ausprobieren wollen, schmoren in der Folge von Überlastung und Blockade der Wähler in den ersten Betriebsstunden ständig die Sicherungen durch. Empörte Teilnehmer stürmen daraufhin das Dienstgebäude. Erst als diese wieder besänftigt waren, gelingt es dem Wartungspersonal die Schwachstellen des Systems abzustellen. Seither arbeitet die Anlage störungsfrei.

17. Juni 1918 – Interner Widerstand gegen die MSPD-Reichstagspolitik

Bayreuth * Der Gautag der nordbayerischen MSPD zeigt, wie sehr die dortigen Organisationen



den bisherigen Kurs des Parteivorstandes kritisch oder gar direkt ablehnend bewerten. Erhard Auer stößt mit seiner Taktik der nahezu bedingungslosen Unterstützung der Regierung ohne erkennbare Gegenleistung in seiner eigenen Partei auf zunehmenden Widerstand. In der verabschiedeten Resolution zur politischen Lage heißt es: „Wir verlangen daher, dass die Reichstagsfraktion in Übereinstimmung mit dem Willen der Wählerschaft und mit den Forderungen unseres Programms zur Durchsetzung der berechtigten Forderungen des arbeitenden Volkes nunmehr von der bloßen Kritik dazu übergeht, von den schärfsten parlamentarischen Machtmitteln Gebrauch zu machen und durch ihre Abstimmungen die Mitverantwortung für die Politik der Reaktion und des Landraubes abzulehnen.“

25. Oktober 1918 – Erhard Auer wettert gegen den preußischen Militarismus

München * Bei der Wählerversammlung zur Reichstagswahl wettert der SPD-Kandidat Erhard Auer gegen den preußischen Militarismus, der mit aller Gründlichkeit abgeschafft werden müsse. Er warnt jedoch vor jeder Form der Gewaltanwendung zur Veränderung des politischen Systems.

8. November 1918 – Kurt Eisner und die Aufgabe der Arbeiterräte

München-Kreuzviertel * In der Eröffnungsrede in der ersten öffentlichen Sitzung des provisorischen Nationalrates des Volksstaates Bayern erklärt Ministerpräsident Kurt Eisner: „Die Arbeiterräte sollen die Parlamente der körperlichen und geistigen Arbeiter sein, und, wenn man demgegenüber erklärt, dass die Nationalversammlung, der Landtag diese Arbeiterräte entbehrlich machen werde, so behaupte ich: Umgekehrt. Denn wenn die Nationalversammlung nicht wieder ausmünden soll in jenen leeren, hohlen Parlamentarismus, dann muss die lebendige Kraft der Arbeiterräte sich entfalten. Sie sind gleichsam die Organisation der Wähler. Diese Wähler [...] sollen nicht ihren Parlamentariern überlassen, was Kluges oder Törichtes zu tun sie für gut befinden.“

4. Dezember 1918 – Landtagswahlen ohne Beteiligung der Frauen vorgeschlagen

München * Innenminister Erhard Auer schlägt auf der Ministerratssitzung vor, die Wahlen zum Landtag und zur verfassungsgebenden Nationalversammlung möglichst bald und deshalb ohne Frauen durchzuführen, da die Erstellung der Wählerlisten bei einer Einbeziehung der Frauen doppelt so lange dauern würde. Zum Glück für die Frauen kann sich der bayerische SPD-Landesvorsitzende mit seinen Vorstellungen nicht durchsetzen.



23. Februar 1919 – Bei der Berliner Stadtverordnetenwahl erringt die USPD 33 Prozent

Berlin * Bei der Berliner Stadtverordnetenwahl erringt die USPD 33 Prozent der Mandate. Der SPD laufen die Wähler davon.

1. Dezember 1929 – Die SA-Männer meiden das Rote Giesing

München - München-Giesing * Kurz vor der Gemeindewahl zieht ein Propaganda-Umzug mit zweitausend SA-Männern fünf Stunden lang durch Münchens Straßen, um sich den Münchner Wählern als dynamische und entschlossene Partei darzustellen. Doch das unsichere Terrain des „Roten Giesing“ meiden sie, wie der Teufel das Weihwasser.

31. Juli 1932 – NSDAP wird stärkste Partei

Deutsches Reich * Bei der Reichstagswahl vom 31. Juli 1932 wird die NSDAP mit 37,3 Prozent der Stimmen erstmals stärkste Partei im Deutschen Reich. Eine absolute Mehrheit erreicht sie jedoch nicht. Das Wahlergebnis ist Ausdruck der schweren Wirtschafts- und Staatskrise der Weimarer Republik, die von hoher Arbeitslosigkeit, politischer Instabilität und wachsender Unzufriedenheit geprägt ist. Obwohl Adolf Hitler zunächst nicht zum Reichskanzler ernannt wird, markiert die Wahl einen entscheidenden Schritt auf dem Weg zur Machtübernahme der Nationalsozialisten am 30. Januar 1933.

1953 – Aufbau eines zukunftsorientierten internationalen Fernmeldenetzes

Bundesrepublik Deutschland * Nach dem Zweiten Weltkrieg geht es an den Aufbau eines zukunftsorientierten internationalen Fernmeldenetzes. Ein wichtiger Schritt dazu ist das Edelmetall-Motordrehwähler-System der Firma Siemens. Dem elektromagnetischen folgt das Elektronische Wählsystem, das zum digitalen System führt.

26. Oktober 1962 – Eine widerrechtliche Polizeiaktion gegen das Magazin „Der Spiegel“

Bonn * Bundesverteidigungsminister Franz Josef Strauß veranlasst eine widerrechtliche Polizeiaktion gegen das Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“. Es ist zu erwarten, dass sich diese Aktion negativ auf das Wahlergebnis in Bayern auswirken würde. Doch genau das Gegenteil ist



der Fall.

11. Juni 1972 – Hans Schuierer gewinnt die Landratswahl

Schwandorf * Hans Schuierer (SPD) wird zum Landrat des neu gebildeten Landkreises Schwandorf gewählt. Zunächst liegt er mit nur 375 Stimmen vor seinem CSU-Gegenkandidaten Peter Spichtinger. Auf Veranlassung des bayerischen Ministerpräsidenten Alfons Goppel wird das knappe Wahlergebnis nachgezählt. Schuierer kommentiert den Vorgang später sinngemäß: Wenn ein Sozialdemokrat in einem CSU-geprägten Landkreis gewinnt, könne etwas nicht stimmen. Doch die Nachzählung bestätigt seinen Sieg: Sein Vorsprung wächst um weitere 50 auf insgesamt 425 Stimmen.

März 1984 – Schuierer gewinnt die Landratswahl deutlich

Schwandorf * Hans Schuierer wird mit mehr als 70 Prozent der Stimmen als Landrat wiedergewählt. Gleichzeitig verliert die CSU ihre Mehrheit im Schwandorfer Kreistag. Das Wahlergebnis gilt als erstes deutliches politisches Signal gegen die WAA-Politik der Bayerischen Staatsregierung.

12. Oktober 1986 – Dietmar Zierer gewinnt das Direktmandat

Schwandorf * Bei der bayerischen Landtagswahl verliert die CSU im Stimmkreis Schwandorf ihr Direktmandat. Der SPD-Politiker und entschiedene WAA-Gegner Dietmar Zierer setzt sich gegen den CSU-Kandidaten durch. Das Wahlergebnis gilt als deutliches politisches Signal gegen die WAA-Politik der Staatsregierung.

9. Oktober 2002 – Das amtliche Endergebnis der Bundestagswahl 2002 steht fest

Bundesrepublik Deutschland - Berlin * Das amtliche Endergebnis der Bundestagswahl 2002 wird bekannt gegeben. SPD und Bündnis 90/ DIE GRÜNEN können zusammen 577.000 mehr Wähler als CDU/CSU und FDP für sich gewinnen.

21. September 2003 – Ergebnis der Wahl zum Bayerischen Landtag 2003



Freistaat Bayern - München • Nach der Auszählung der Landtagswahl gehören dem Bayerischen Landtag in dieser 15. Legislaturperiode 180 Mitglieder an. Bei der Wahl zum 15. Bayerischen Landtag erhält die CSU mit ihrem amtierenden Ministerpräsidenten Edmund Stoiber 60,7 Prozent [+ 7,8] und 124 Sitze. Die SPD mit ihrem Kandidaten Franz Maget erringt 19,6 Prozent der Stimmen [- 9,1] und 41 Sitze. DIE GRÜNEN kommen auf 7,7 Prozent der Wählerstimmen [+ 2,0] und 15 Sitze. Edmund Stoiber wird erneut Bayerischer Ministerpräsident und kann mit seiner CSU-Alleinregierung mit einer Zweidrittel-Mehrheit regieren.

28. September 2008 – Ergebnis der Wahl zum Bayerischen Landtag 2008

Freistaat Bayern * Bei der Wahl zum 16. Bayerischen Landtag stürzt die CSU mit ihrem amtierenden Bayerischen Ministerpräsidenten Günter Beckstein auf 43,4 Prozent [- 17,3] ab und verliert nicht nur 32 Abgeordnetenmandate [jetzt 92], sondern auch die seit 1962 ununterbrochen erreichte absolute Mehrheit der Landtagsmandate. Die SPD mit ihrem Kandidaten Franz Maget erringt 18,6 Prozent der Stimmen [- 1,0] und 39 Sitze das bisher schlechteste Ergebnis seit 1946.

Die FDP bekommt 8,0 Prozent [+ 5,4] und 16 Sitze und kommen nach 14 Jahren Abwesenheit im bayerischen Parlament wieder zurück. Erstmals ziehen die Freien Wähler mit 10,2 Prozent der Stimmen [+ 6,2] und 21 Sitzen in den Bayerischen Landtag ein. DIE GRÜNEN kommen auf 9,4 Prozent der Wählerstimmen [+ 1,7] und 19 Sitze.

15. September 2013 – Ergebnis der Wahl zum Bayerischen Landtag 2013

Freistaat Bayern - München * Nach der Auszählung der Landtagswahl gehören dem Bayerischen Landtag in dieser 17. Legislaturperiode 180 Mitglieder an. Bei der Wahl zum 17. Bayerischen Landtag erreicht die CSU mit ihrem amtierenden Bayerischen Ministerpräsidenten Horst Seehofer 47,7 Prozent [+ 4,3] und 101 Sitze. Damit erreicht sie wieder die absolute Mehrheit. Die SPD mit ihrem Kandidaten Christian Ude erringt 20,6 Prozent der Stimmen [+ 2,0] und 42 Sitze. Die Freien Wähler erhalten 9,0 Prozent der Stimmen [-1,2] und 19 Sitze. DIE GRÜNEN kommen auf 8,6 Prozent der Wählerstimmen [- 0,8] und 18 Sitze. Die FDP fliegt mit 3,3 Prozent (- 4,7 Prozent) aus dem Bayerischen Landtag. Horst Seehofer wird erneut Bayerischer Ministerpräsident und kann mit einer CSU-Alleinregierung arbeiten.

16. März 2014 – Ergebnis der Kommunalwahl 2014 in München

München * Bei der Wahl zum Oberbürgermeister treten erstmals zwölf Kandidaten



gegeneinander an. Dieter Reiter [SPD] erhält 40,4 Prozent, Josef Schmid [CSU] kommt auf 36,7 Prozent. Sabine Nallinger von den GRÜNEN kommt auf 14,7 Prozent der Stimmen. Die Entscheidung unter den beiden Erstplatzierten fällt nun bei der Stichwahl am 30. März.

Bei der Wahl zum Stadtrat erhält die CSU 32,6 Prozent [+ 4,9] und 26 [+ 3] Sitze. Die SPD erringt 30,8 Prozent der Stimmen [- 8,9] und 25 [- 8] Sitze. Die GRÜNEN kommen auf 16,6 Prozent der abgegebenen Stimmen [+ 3,6] und 13 Sitze [+ 2]. Weiter sind bei Kommunalwahl in München 14 Parteien angetreten: Die FDP erhält 3,4 Prozent [- 3,4] und 3 Stadtratsmandate [- 2], die Freien Wähler bekommen 2,7 Prozent [+ 1,1] und 2 Stadtratsmandate [+ 2], die AfD kommt auf 2,5 Prozent [+ 2,5] und 2 Stadtratsmandate [+ 2], die ÖDP erreicht 2,5 Prozent [+ 0,8] und 2 Stadtratsmandate [+ 1], die Linke bekommt 2,4 Prozent [- 1,3] und 2 Stadtratsmandate [- 1], die Rosa Liste kommt auf 1,9 Prozent [+/- 0] und ein Stadtratsmandat, die Partei Hut erklimmt 1,3 Prozent [+ 1,3] und ein Stadtratsmandat [+ 1], die Piraten erhalten 1,2 Prozent [+ 1,2] und ein Stadtratsmandat [+ 1], die Bayernpartei - BP bekommt 0,9 Prozent [- 0,7] und ein Stadtratsmandat, die rechtsradikale Bürgerinitiative Ausländerstopp - BIA kommt auf immerhin 0,7 Prozent [- 0,7] und erhält ein Stadtratsmandat, die islamfeindliche Partei Die Freiheit kommt auf 0,6 Prozent [+ 0,6], bekommt aber keinen Platz im Münchner Stadtrat. Damit ist das seit 1990 bestehende Rot-Grüne Bündnis gescheitert. Auch bei der Wahl zum Bezirksausschuss verliert die SPD massiv. Nur noch in 9 von 25 Gremien ist die SPD stärkste Fraktion (Bisher: 21). Die CSU wird in 13 Stadtbezirken stärkste Kraft (Bisher: 4) Die GRÜNEN werden stärkste Fraktion in Au/Haidhausen, in der Ludwigsvorsadt-Isarvostadt und in der Maxvorstadt.

14. Oktober 2018 – Ergebnis der Wahl zum Bayerischen Landtag 2018

Freistaat Bayern - München * Nach der Auszählung der Landtagswahl gehören dem Bayerischen Landtag in dieser 18. Legislaturperiode 205 Mitglieder an. Bei der Wahl zum 18. Bayerischen Landtag erreicht die CSU mit ihrem amtierenden Bayerischen Ministerpräsidenten Markus Söder 37,2 Prozent [- 10,5 %] und 85 Sitze [- 16]. Das ist das schlechteste Wahlergebnis der CSU seit 1950. Die GRÜNEN kommen auf 17,6 Prozent der Wählerstimmen [+ 9,0 %] und 38 Parlamentssitze [+ 20], davon 6 Direktmandate. Die Freien Wähler erhalten 11,6 Prozent der Stimmen [+ 2,6] und 27 Mandate [+ 8]. Die AfD bekommt 10,2 Prozent der Wählerstimmen [+ 10,2] und 22 Sitze [+ 22] und zieht erstmals in den Bayerischen Landtag ein. Die SPD erringt 9,7 Prozent der Stimmen [- 11,0] und 22 Landtags-Mandate [- 20]. Das ist das schlechteste Landtagswahlergebnis der SPD seit 1893. Die FDP erringt 5,1 Prozent der Wählerstimmen



[+1,8] und 11 Mandate [+ 11] und kann damit wieder in den Landtag einziehen. Die Wahlbeteiligung liegt bei 72,3 Prozent, so hoch, wie seit 1982 nicht mehr. Markus Söder wird Bayerischer Ministerpräsident und kann mit einer Regierungskoalition aus CSU und Freien Wählern arbeiten.

26. September 2021 – SPD gewinnt Bundestagswahl 2021

Bundesrepublik Deutschland - Berlin * Bei der Wahl zum 20. Bundestag erhält die SPD mit ihrem Kanzlerkandidaten Olaf Scholz erringt 25,7 Prozent der Stimmen [+ 5,2] und 206 Sitze.

CDU/CSU mit Armin Laschet als Kanzlerkandidat kommen auf 24,1 Prozent [- 8,9] und 196 Sitze.

Bündnis 90/Die Grünen erhalten mit ihrer Kanzlerkandidatin Analena Baerbock 14,8 Prozent der abgegebenen Stimmen [+ 5,9] und 118 Sitze. Die FDP bekommt 11,5 Prozent [+ 0,8] und erreicht damit 92 Sitze. Der Alternative für Deutschland - AfD erhält 10,3 Prozent [-2,3] und 83 Sitze. Die Linke erkämpft lediglich 4,9 Prozent der Stimmen [-4,3] und zieht aufgrund von Überhang- und Direktmandaten mit 39 Abgeordneten in den Deutschen Bundestag ein. Der Südschleswigsche Wählerverband - SSW erhält 1 Mandat. Der Anteil der Frauen bei den Abgeordneten beträgt 35 Prozent. Die Fraktionen von CDU/CSU, FDP und AfD stellen sich als besonders männerlastig dar.

8. März 2026 – Ergebnis der Kommunalwahlen in München 2026

München * Bei der Wahl zum Oberbürgermeister treten erstmals zwölf Kandidaten gegeneinander an. Dieter Reiter [SPD] erhält 35,6 Prozent, Dominik Krause von den GRÜNEN kommt auf 29,5 Prozent, Clemens Baumgärtner [CSU] kommt auf 21,3 Prozent der Stimmen. Die Entscheidung unter den beiden Erstplatzierten fällt nun bei der Stichwahl am 22. März. Bei der Wahl zum Stadtrat kommen die GRÜNEN auf 26,5 Prozent der Stimmen [-2,6] und 21 Sitze. Die SPD erringt 19,1 Prozent der Stimmen [- 2,8] und 15 Sitze. Die CSU erhält 24,9 Prozent [+ 0,2] und 19 Sitze. Weiter sind bei Kommunalwahl in München 11 Parteien angetreten: Die Linke bekommt 6,6 Prozent [+ 3,3] und 5 Stadtratsmandate, die AfD kommt auf 5,9 Prozent [+ 2,1] und 5 Stadtratsmandate, Volt erklimmt 4,7 Prozent [+ 2,9] und 4 Stadtratsmandate, die FDP erhält 3,4 Prozent [- 0,1] und 3 Stadtratsmandate, die ÖDP erreicht 2,7 Prozent [- 1,3] und 2 Stadtratsmandate, die Freien Wähler bekommen 2,5 Prozent [+/- 0] und 2 Stadtratsmandate, die Rosa Liste kommt auf 1 Prozent [+/- 0] und ein Stadtratsmandat, Bündnis Kultur erreicht 0,9 Prozent [+ 0,9] und ein Stadtratsmandat, Die Partei erklimmt 0,7 Prozent [- 0,6] und ein Stadtratsmandat, die München Liste kommt auf 0,7 Prozent [- 0,1] und ein Stadtratsmandat, die Bayernpartei - BP bekommt 0,4 Prozent [- 0,3] und



ein Stadtratsmandat, Bei der Wahl zum Bezirksausschuss werden die GRÜNEN in 15 von 25 Gremien stärkste Kraft, die CSU gewinnt in zehn Bezirksausschüssen die Mehrheit, die SPD hat in keinem Bezirksausschuss noch eine Mehrheit.
